

## Abzocker-Initiative



Wie die meisten von Ihnen kann auch ich nicht verstehen, dass Herr Ospel jahrelang sein immenses Salär damit begründete, dass auf ihm die Verantwortung lastete, und dann, "wänn's chlepft", nicht einmal das "Füdüli" hat, hinzustehen und zumindest die moralische Verantwortung zu übernehmen. Was ich zudem ebenfalls nicht verstehen kann, ist, dass deshalb Tausende von Firmen, ungezählte Manager und viele kleinere und grössere Unternehmer geknebelt werden sollen und so das Risiko eingegangen wird, Zehntausende von Arbeitsplätzen in

der Schweiz zu vernichten.

Problematisch ist die im Gespräch stehende Abzocker-Initiative deshalb, weil Sie, egal wie man die Definition der Voraussetzung „börsenkotierte Unternehmen“ auslegt, zu gewichtigen Nachteilen für die Schweizer Wirtschaft führt und Arbeitsplätze bedroht. Mit den vorgeschlagenen Einschränkungen wird die Schweiz als Sitz für internationale Headquarter uninteressant und Abwanderungen könnten die Folge sein. Immerhin stehen da rund 70'000 Arbeitsplätze auf dem Spiel. Es könnte auch zur schizophrenen Situation kommen, dass die Berner Kantonalbank den Regelungen unterstellt wird, die Zürcher Kantonalbank, welche nicht börsenkotiert ist, hingegen nicht. Sie können sich vorstellen, dass dies nur schon in der Schweiz zu starken Verzerrungen im Wettbewerb um Spitzenarbeitskräfte führen wird. Ganz zu schweigen von den Auswirkungen auf internationaler Ebene. Während jede Firma auf der ganzen Welt Leute mit Prämien, mit fixen Boni sowie mit Abgeltungen beim Firmenverkauf anwerben könnte, könnten Schweizer Firmen bei den Verhandlungen in Zukunft nur noch ein müdes Lächeln anbieten. **Quintessenz: Die Minder-Initiative diskriminiert Schweizer Unternehmen gegenüber ausländischen und diskriminiert börsenkotierte Firmen gegenüber nichtbörsenkotierten.** Das setzt weitere Tausende Arbeitsplätze aufs Spiel. Dass die Initiative hohe Löhne aber nicht verhindern können wird, wurde bereits hinlänglich in der Presse diskutiert. Weshalb also eine Regelung einführen, die ihre Zielsetzungen nicht erfüllt, aber so gewichtige Nachteile mit sich bringt? Das wäre für mich unverständlich.

## Änderung des Gentechnikgesetzes



Mit der Verlängerung des Moratoriums zur Gentechnik hat sich der Nationalrat entschieden, den Forschungsbereich Pflanzenbiotechnologie, in dem die ETH einst weltführend war, aller Wahrscheinlichkeit nach – in diesem Fall könnte man sagen – zu kompostieren. Bereits heute finden Sie an den Eidgenössischen Hochschulen keinen Doktoranden mehr in diesem Forschungsgebiet. Im Gegensatz zum Ausland entstehen in der Schweiz auch keine neuen Forschungsgruppen. Dabei ist Gentechnik weltweit Realität und Pflanzenbiotechnologie spielt für

die zukünftige, auch nachhaltige Landwirtschaft, eine entscheidende Rolle. Dabei wäre es wichtig, dass wir die Sachkompetenz halten und aufbauen könnten, die das Gesetz von unseren Instituten verlangt. Wird das Gesetz dann umgesetzt, dann muss das nötige Know-how in unserem Land vorhanden und greifbar sein. Aus meiner Sicht war die Erweiterung des Moratoriums auch unnötig, haben wir doch vermutlich eines der besten und strengsten Gentechnikgesetze der Welt. Das Manko liegt auch hier daran, dass es nur mangelhaft angewandt und umgesetzt wird.

Mit meinem Rückweisungsantrag habe ich versucht, das Gentechnikgesetz als Basis für die Forschung zu stärken und die Konkurrenzfähigkeit des Forschungsplatzes Schweiz wieder konkurrenzfähig zu machen. Leider bin ich damit im Rat unterlegen.

### Erleichterte Zulassung von ausländischen Studierenden mit Schweizer Studienabschluss



Die erleichterte Zulassung von ausländischen Studierenden mit Schweizer Studienabschluss ist eine Forderung, welche Universitäts-, Wirtschafts- und Studentenkreise seit Jahren stellen: Die besten Köpfe sollen in der Schweiz bleiben können. Absolventinnen und Absolventen von Schweizer Hochschulen, die aus Ländern ausserhalb der EU und der Efta kommen, werden künftig erleichterten Zugang zum Schweizer Arbeitsmarkt erhalten. Es steht fest, dass in der Schweiz ein Mangel an Fachkräften in technischen, naturwissenschaftlichen und mathematischen Berufen besteht. Es war bisher ein stossender Umstand, dass wir zwar die Ausbildung dieser Studenten und Studentinnen zu einem grossen Teil mitfinanzierten, aber dann nicht von ihrem Know-how und ihrer Schaffenskraft profitieren konnten, da ihnen keine Aufenthaltsbewilligung erteilt wurde.

Zumindest hier sprach sich der Nationalrat für eine Stärkung des Forschungs- und Werkplatzes aus.



Ruedi Noser  
Nationalrat

Man kann mich übrigens auch auf [Facebook](#) antreffen.